



Wahlprüfsteine: Wie sich die Parteien Medienbildung und Digitale Bildung vorstellen

Petra Missomelius

Die bundesweite Initiative "Keine Bildung ohne Medien!" (KBoM!) verfasste auch in diesem Wahljahr 2017 Wahlprüfsteine zur Förderung von Medienkompetenz und Medienbildung und verschickte diese zur Stellungnahme an die zur Bundestagswahl antretenden Parteien. Die Antworten der Parteien bieten eine gute Orientierung bei der Wahlentscheidung zum Themenbereich Medien, Bildung und Digitalisierung.

Eine Arbeitsgruppe der in der Initiative engagierten Organisationen (JFF, GfM, GMK, DGfE Sektion Medienkompetenz, FTzM, Clearingstelle Medienkompetenz, DGPuK Fachgruppe Medienpädagogik) hatte im Juli Wahlprüfsteine formuliert, die den zur Bundestagswahl antretenden Parteien zugestellt wurden. Der Aussendung kamen sechs Parteien nach: Linke, Piratenpartei, SPD, die Grünen sowie FDP und CDU/CSU. Die AfD hat keine Stellungnahme zu den Fragen eingereicht.

I. Eine Blick auf die Antworten der Parteien

Der Beitrag möchte einige Punkte herausgreifen und eine Lesart der Positionierungen anbieten. Zunächst einmal sind sich alle Parteien dahingehend einig, dass die oberste Verantwortung zur Medienerziehung von Kindern bei den Eltern liegt. Die Linke verbindet dies mit der Verstärkung von Unterstützungsangeboten für Eltern und wohnortnaher medienpädagogischer Elternarbeit im Rahmen der Eltern- und Familienberatung. CDU/CSU verweisen auf die auf den Weg gebrachten Aktivitäten. SPD will das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern aufheben, (wofür sich auch die Grünen explizit aussprechen), das ja schon lange Zeit ein Hindernis für länderübergreifende Medienarbeit darstellt und stattdessen eine Nationale Bildungsallianz von Bund, Ländern und Kommunen entwickeln. CDU/CSU dagegen konstatieren, dass Bildung "Ländersache ist und bleiben wird". Sie verweisen auf den DigitalPakt Schule von Bund und Länder ab 2018, obwohl dessen Finanzierung fraglich ist, da im Haushaltsentwurf hierfür keine Mittel vorgesehen sind.

Die FDP verweist auf ihr Parteiprogramm und will in den nächsten fünf Jahren pro Schüler jeweils 1000 € für Technik und Modernisierung investieren. Um digitale Bildung zu gewährleisten, werde man die Länder in die Pflicht nehmen, diesen Aspekt in der Lehreraus- und -weiterbildung fest zu verankern. Sie plädiert ebenso für eine Fortbildungsoffensive, damit Lehrkräfte ein Leben lang motiviert SchülerInnen fördern und damit als "weltbeste Lehrerinnen und Lehrer" "weltbeste Bildung für jeden" ermöglichen. Dafür sollen auch Schulen in einen produktiven Qualitätswettbewerb versetzt werden, ein eigenes Fortbildungsbudget erhalten und Gehaltserhöhungen sowie Beförderungen an die Teilnahme von Fortbildungen knüpfen.

Für eine Fortbildungsoffensive spricht sich auch die Piratenpartei aus und fordert dafür wiederum die Berufung von "Multiplikatoren wie Professoren", aber auch die Anstellung von mehr Lehrkräften an Schulen.

Mehrbelastung durch Fortbildungen und Engagement im Bereich digitale Bildung sollen demnach auch mit Ausgleichsstunden vergolten werden.

Ein deutlicher Unterschied ist zu erkennen, wenn es um freie und offene Software geht – deren immense Wichtigkeit gerade im Bildungsbereich – wird ausschließlich von den Grünen, der Linken und der Piratenpartei geschätzt. Die Piratenpartei weist auf die bislang noch viel zu wenig genutzten und geförderten Möglichkeiten durch OER hin, was auch die Linke für einen bildungspolitisch wichtigen Aspekt hält. In diesem Punkt verbleiben CDU/CSU, die SPD und die FDP bei einer generellen und unverbindlichen positiven Bewertung von OER und einer Bildungscloud. In Bezug darauf äußern die Grünen, dass nur dann staatliche Förderung für OER als sinnvoll erachtet wird, wenn mit den Bildungsmaterialien verbundene pädagogisch-didaktische Konzepte vorliegen.

Medienpädagogische Jugendarbeit möchte die Piratenpartei stärker in der Hand von Jugendlichen sehen, CDU/CSU an die Schulen angebunden, während die Linke sich für kontinuierliche und flächendeckende Förderung außerschulischer Jugendarbeit, statt punktueller Finanzierung, ausspricht. Auch die SPD spricht sich, etwas zaghafter, für die Erhöhung der finanziellen Förderung von Kinder- und Jugendarbeit aus.

Was frühkindliche Medienbildung angeht, so fordert die Linke die Verankerung derselben in den Rahmenplänen von Kindertageseinrichtungen und die Anhebung der Ausbildung von pädagogischen Fachkräften auf Hochschulniveau. Sieht die FDP Kindergärten und Einrichtungen der Kindertagespflege in der Pflicht u. a. Verständnis von Künstlicher Intelligenz zu vermitteln, so räumt die Piratenpartei ein, dass es ein Dilemma zwischen der thematischen Komplexität und dem kindlichen Abstraktionsvermögen gibt, dass es an mutiger und wissenschaftlich begleiteter pädagogischer Pionierarbeit und an vermehrt einzurichtenden medienpädagogischen Lehrstühlen bedarf. Zum Kinder- und Jugendmedienschutz konstatiert die Linke, dass der beste Jugendschutz noch immer eine umfassende Medienbildung von klein auf sei. Die SPD dagegen entfaltet Ideen über den elektronischen Personalausweis, um Altersverifizierungen für die Mediennutzung

abwickeln zu können und damit einen technischen Jugendmedienschutz zu stärken.

II. Die Wahlprüfsteine im Einzelnen

Hier im Wortlaut:

1. Wie steht Ihre Partei zur Dringlichkeit der Umsetzung der KMK-Vorschläge "Bildung in der digitalen Welt"? Wie sieht die diesbezügliche Agenda aus?
2. Wie kann die medienpädagogische und mediendidaktische Aus- und Fortbildung von Lehrpersonen nach der Meinung Ihrer Partei effektiv und kurzfristig angegangen werden? Welche Anreize können politisch geschaffen werden, um medienpädagogische Professionalisierung für alle pädagogischen Fachkräfte verbindlich und breitenwirksam zu verankern?
3. Wie steht Ihre Partei zu frühkindlicher Medienkompetenzvermittlung?
4. Im 15. Kinder- und Jugendbericht wird unter dem Stichwort "Jugend ermöglichen" auf die Bedeutung außerschulischer Jugendarbeit und die Herausforderungen angesichts der Digitalisierung hingewiesen. Welche Konzepte unterstützt Ihre Partei, um die Kinder- und Jugendarbeit bei der Begleitung von Jugendlichen für diese Aufgabe auszubauen?
5. Welchen Stellenwert misst Ihre Partei dem Einsatz von freier Software und Open Source zum Aufbau von IT-Angeboten im Bildungsbereich bei und welche entsprechenden Fördermaßnahmen planen Sie?
6. Unterstützen Sie die Einrichtung einer zentralen "deutschen Bildungscloud" oder – wie in der KMK-Strategie vorgeschlagen – die dezentrale Vernetzung bestehender Angebote der Länder indem allgemein verbindliche technische Schnittstellen zwischen diesen und den Plattformen von Anbietern von Bildungsmedien eingerichtet werden?
7. Welche Maßnahmen halten Sie für gestaltbar, um Bildungseinrichtungen vor rechtlichen Problemkonstellationen hinsichtlich Medieninhalten und -nutzung (z. B. Lizenzierungen,

Urheberrecht, Lobbyismus) zu schützen und wie wollen Sie den Zugang zu und den Einsatz von freien Bildungsmaterialien (OER) fördern?

8. Welche Handlungsoptionen zur Gewährleistung informationeller Selbstbestimmung von Bürgern sind für Ihre Partei zentral? Welchen Stellenwert mißt Ihre Partei einer gesetzlichen Garantie der Netzneutralität bei und inwiefern wird sie sich dafür einsetzen?

9. Was sind für Ihre Partei die Eckpunkte eines zeitgemäßen und funktionierenden Kinder- und Jugendmedienschutzes – insbesondere im Hinblick auf die Gefahren durch Interaktion/Kommunikation in Sozialen Netzwerken, Messenger-Diensten und Games? Inwiefern halten Sie technische Lösungen (Filterprogramme) sowie eine deutlich sichtbare Kennzeichnung von Internetseiten (Altersempfehlung) für geeignete Maßnahmen Kinder und Jugendliche vor gefährdenden Inhalten – auch auf mobilen Endgeräten und unabhängig vom Betriebssystem – zu schützen?

Die detaillierten Antworten der Parteien sind abrufbar unter <http://www.keine-bildung-ohne-medien.de/pages/wahlpruefsteine-2017/> und ermöglichen, sich ein Bild zu der Strategie der Parteien bezüglich aktueller Fragen im Bereich von Medienbildung und Digitaler Bildung zu machen.

Eine ähnliche Befragung der österreichischen Parteien zur Digitalisierungsstrategie Österreichs steht noch aus.